

FREIBERUFLER-TICKER vom 12. Oktober 2018

1. Anhörung zur Absicherung von Solo-Selbstständigen

Am 8. Oktober 2018 hat im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales auf Antrag ([19/1034](#)) der Bundestagsfraktion von Die Linke eine Anhörung zur Versicherungspflicht für Selbstständige in der Kranken- und Rentenversicherung stattgefunden. Darüber hat der Deutsche Bundestag informiert. Eine solche Versicherungspflicht ist von einer Mehrheit der Sachverständigen begrüßt worden, auch wenn Details zu der Ausgestaltung einer solchen Pflicht nicht ausdiskutiert worden sind. Eher skeptisch haben die Experten den Vorschlag nach Mindesthonoraren für Selbstständige, angelehnt an den Mindestlohn für angestellte Beschäftigte, bewertet. Auch die Unterscheidung zwischen Solo-Selbstständigen und Selbstständigen ist von der Mehrheit als unpraktikabel bezeichnet worden.

2. Gesetzentwurf zur Errichtung des Sondervermögens „Digitale Infrastruktur“

Mit einem neuen Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ will die Bundesregierung den Breitbandausbau sowie digitale Infrastrukturen an Schulen fördern. Dies geht aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung ([19/4720](#)) hervor, über den der Deutsche Bundestag am 9. Oktober 2018 informiert hat. Dazu sollen die Erlöse der geplanten Versteigerung von 5G-Lizenzen in das Vermögen fließen. Laut Gesetzentwurf sollen 70 Prozent der Einnahmen des Vermögens für die „Förderung von Investitionen zur unmittelbaren Unterstützung des Ausbaus von Gigabitnetzen“ mit Schwerpunkt im ländlichen Raum verwendet werden. Die übrigen 30 Prozent sollen grundsätzlich als Finanzhilfe des Bundes den Ländern zur Verfügung gestellt werden. Damit soll der „Aufbau und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur für Schulen“ unterstützt werden. Der Entwurf ist am 11. Oktober 2018 im vereinfachten Verfahren zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen worden.

3. BMAS: Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft nimmt ihre Arbeit auf

Am 11. Oktober 2018 hat laut einer flankierenden [Pressemitteilung](#) eine neue Organisationseinheit im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ihre Arbeit aufgenommen – die Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft. Sie wird sich der Entwicklung von Zukunftsszenarien widmen, neue Handlungsfelder für die Politik identifizieren und in innovativen Prozessen Lösungsansätze für konkrete Fragestellungen der Arbeitsgesellschaft von morgen entwickeln.

4. Markt für IT-Sicherheit erstmals über vier Milliarden Euro

Im Jahr 2018 werden in Deutschland mit Hardware, Software und Services für IT-Sicherheit voraussichtlich 4,1 Milliarden Euro umgesetzt, ein Plus von neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2019 ist ein weiteres Wachstum um neun Prozent auf 4,4 Milliarden Euro prognostiziert. Das zeigen [Berechnungen](#), die der Digitalverband Bitkom am 9. Oktober 2018 veröffentlicht hat. Der mit Abstand größte Teil der Ausgaben entfällt auf Dienstleistungen für digitale Sicherheit. In diesem Segment werden dieses Jahr 2,2 Milliarden Euro ausgegeben, ein Plus von elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für IT-Sicherheits-Software wie beispielsweise Virens Scanner oder standardisierte Firewalls sind 1,3 Milliarden Euro an Ausgaben prognostiziert, plus zehn Prozent. Mit 550 Millionen Euro liegen die Ausgaben für Hardware auf ähnlichem Niveau wie im Jahr 2017, plus 0,3 Prozent.

5. Stärkung des europäischen Bildungsraums

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD fordern in ihrem Antrag ([19/4846](#)), über den der Bundestag am 11. Oktober 2018 informiert hat, den länderübergreifenden Austausch und die Mobilität innerhalb des Europäischen Hochschulraums zu stärken. Ferner treten CDU/CSU und SPD dafür ein, sich für die Erhöhung der Mittel für das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ einzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der beruflichen Bildung soll ebenfalls intensiviert werden. Vor diesem Hintergrund soll die Europäische Ausbildungsallianz (EAfA) gestärkt und noch besser genutzt werden. Dem Antrag zufolge soll die Attraktivität der Fachhochschulen als treibende Kraft des Bologna-Prozesses in Deutschland sowohl für deutsche als auch für ausländische Studenten erhöht werden. Zudem fordern CDU/CSU und SPD, sich weiterhin an der konzeptionellen Gestaltung und Umsetzung der Initiative der EU-Staats- und Regierungschefs für europäische Hochschulen mit einer „Bottom-up“-Strategie zu beteiligen. Im Rahmen der „Bottom-up“-Strategie sollen die strategischen Partnerschaften zwischen Hochschuleinrichtungen in der EU gestärkt werden.

6. Sozialversicherungsbemessungsgrenzen 2019

Am 10. Oktober 2018 hat die Bundesregierung auf ihrer Kabinettsitzung die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherungen im Verordnungsweg [beschlossen](#). Die Rechengrößen werden jährlich nach einer festen Formel an die Lohnentwicklung des zurückliegenden Jahres angepasst. Die neue monatliche Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung steigt im Jahr 2019 für den Westen von aktuell 6.500 Euro auf 6.700 Euro pro Monat und für den Osten von derzeit 5.800 Euro auf 6.150 Euro pro Monat. Ab Jahresbeginn werden bis zu einem Monatsverdienst von 4.537,50 Euro Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung fällig. Bisher liegt die Grenze bei bundeseinheitlich 4.425 Euro im Monat. Die Versicherungspflichtgrenze soll im kommenden Jahr auf 60.750 Euro Jahreseinkommen steigen. In diesem Jahr liegt sie bei 59.400 Euro.

7. Niedrigste Arbeitslosen-Stellen-Relation seit 1992

Im Jahr 2017 sind statistisch betrachtet zwei Arbeitslose auf jede zu besetzende Stelle entfallen, der niedrigste Wert seit dem Jahr 1992. Dies zeigt eine [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 9. Oktober 2018. Weitere Ergebnisse: Im Jahr 2017 sind insgesamt 3,65 Millionen sozialversicherungspflichtige Neueinstellungen vorgenommen worden. Zudem liegt die Zahl der offenen Stellen aktuell mit 1,2 Millionen Stellen auf dem höchsten Stand in den letzten 25 Jahren. Laut IAB sehen die Betriebe mittlerweile seltener eine zu geringe Auftragsbeziehungsweise Umsatzlage als wichtigsten Grund für eine Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Aktivität an. Seit dem Jahr 2015 sind Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte zu finden, das am häufigsten genannte Problem. Der Anteil der Stellen, bei denen die Besetzung schwierig gewesen ist, hat im Jahr 2017 knapp 43 Prozent betragen. Im Jahr 2010 ist dies bei rund 29 Prozent und im Jahr 2003 bei rund zwölf Prozent der Stellen der Fall gewesen. Bei 16 Prozent der Einstellungen mussten die Arbeitgeber im Jahr 2017 Lohnzugeständnisse machen. Im Jahr 2004 hat dieser Anteil bei sechs Prozent gelegen und ist bis zum Jahr 2010 auf 15 Prozent angestiegen.

8. Voraussichtliche Dauer des Arbeitslebens in der EU beträgt fast 36 Jahre

So das Ergebnis einer [Analyse](#) der EU-Statistikbehörde Eurostat vom 11. Oktober 2018. Laut deren Schätzung wird, ausgehend vom Jahr 2017, das Arbeitsleben einer heute 15 Jahre alten Person 35,9 Jahre und damit drei Jahre länger dauern als im Jahr 2000 angenommen. Die

aktuellen Werte schwanken zwischen 32 Jahren in Italien und 41,7 Jahren in Schweden, der Wert für Deutschland liegt bei 38,4 Jahren nach 34,3 Jahren mit Bezug auf das Jahr 2000.